



Energiepreise

Fragen und Antworten

Warum reagiert die Politik nicht auf die steigenden Energiepreise?

Wie alle anderen Experten wurde auch die Politik von der unwahrscheinlichen Beschleunigung des Preisanstiegs in den letzten Monaten überrascht. Denn eigentlich setzt Deutschland seit 1998 mit seiner Politik der Verringerung des Energieverbrauchs und der Umstellung auf die preisstabilen Erneuerbaren Energien auf die einzige nachhaltige Antwort auf die jetzt seit einigen Jahren steigenden Energiepreise. Jetzt werden wir die Geschwindigkeit und die Breite dieses Konzepts massiv steigern, um den Menschen und auch den Unternehmen zu helfen.

Gegen steigende Weltmarktpreise für Energie aufgrund sinkender Reserven und steigender Nachfrage kann nationale Politik die Menschen nicht schützen. Stattdessen wollen wir den Menschen helfen, wesentlich weniger Energie zu verbrauchen, auf Erneuerbare Energien umzustellen und werden die zusätzlich preistreibenden Monopole auf den heimischen Energiemärkten durch mehr Wettbewerb knacken. Außerdem federn wir, wie mit der Steigerung des Wohngelds, die größten sozialen Härten ab. Dies ist die einzige nachhaltige Antwort, um die Energiekosten dauerhaft bezahlbar zu halten.

Alle anderen Strategien sind nur leere Versprechungen, die das Problem mit hohem Geldeinsatz verschieben und dadurch in der Wirkung sogar verschlimmern, weil der hohe Energieverbrauch nicht sinkt.

Was kann man gegen die Spekulation mit Öl machen?

Viele Anzeichen weisen darauf hin, dass Spekulanten die ohnehin steigenden Weltmarktpreise zusätzlich anheizen. Deswegen wollen wir preistreibende Spekulation erschweren. Das geht aber nur in internationaler Zusammenarbeit, da sich die Preise für Öl nicht an deutschen Börsen allein bilden.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wird seinen Kollegen aus anderen Ländern verschiedene Vorschläge vorlegen. Dabei ist z.B. auch denkbar, dass der Handel mit Öl in gewissem Umfang an reale Lieferungen oder höhere Werthinterlegungen gebunden wird. Dadurch wird der Handel mit „virtuellem“ Öl begrenzt, am Markt können sich Firmen aber weiterhin gegen steigende Preise absichern.

Eine solche Begrenzung der Spekulation ist aber keine Frage von wenigen Tagen. Dazu brauchen wir internationale Vereinbarungen, so etwas funktioniert nicht als Schnellschuss.



Was wird die SPD gegen die steigenden Energiepreise unternehmen?

Die SPD setzt seit 1998 nach Ansicht der Experten schon auf das richtige Konzept: Den Menschen bei der Verringerung des Energieverbrauchs helfen und die immer teurer werdenden endlichen Energieträger durch die preisstabilen erneuerbaren Energien ersetzen. Beispiele dafür sind das Förderprogramm für Gebäudedämmung und das weltweit gelobte Erneuerbare-Energien-Gesetz, durch das auch 250.000 neue Jobs entstanden sind.

Mit der Wohngelderhöhung unterstützen wir 800.000 Haushalte mit niedrigem Einkommen bei den gestiegenen Heizkosten, die Empfänger von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe bekommen die Kosten für Heizung und Warmwassererzeugung erstattet.

Bis zum Beginn der Heizungsperiode im Oktober wird die SPD ein umfangreiches Konzept vorlegen, wie wir angesichts der immer schneller steigenden Energiepreise unsere erfolgreiche Strategie ausbauen. Dazu gehören z.B. eine bessere Förderung der Dämmung von Mietwohnungen und Unterstützung beim Erwerb energiesparender Geräte.

Warum werden die Energiepreise nicht einfach gedeckelt oder genehmigungspflichtig?

Das mag auf den ersten Blick einleuchten, ist aber keine Lösung. Wenn der Verkaufspreis von Öl, Gas oder Strom gedeckelt wird, steigen die Einfuhr- und Erzeugungspreise ja trotzdem weiter. Zuerst werden dann die kleinen Wettbewerber wie z.B. Stadtwerke aufgeben müssen. Übrig bleibt ein Monopol am Energiemarkt mit dauerhaft hohen Preisen. Und gegen steigende Weltmarktpreise hilft eine Genehmigungspflicht eben auch nicht.

Statt solcher hilflosen Versuche der Linderung der Preissteigerung sollten wir uns auf die Vermeidung von Energieverbrauch konzentrieren. Der billigste Liter Erdöl ist der, den wir gar nicht mehr benötigen. Aber es ist eine alte Erfahrung: In Zeiten hoher Preise begrüßen alle solche Vorhaben – gehen die Preise leicht zurück oder gewöhnt man sich an das Preisniveau, sinkt die Bereitschaft für substanzielle Maßnahmen ins Bodenlose - bis zur nächsten Preisrunde.

Das darf diesmal nicht wieder passieren. Unsere Initiativen für mehr Effizienz und Energieeinsparung sollen die Menschen nicht verärgern – sie sollen helfen, auch in Zukunft Mobilität, warme Wohnungen und Nutzung von Geräten bezahlbar zu halten. Dafür sind Investitionen notwendig, aber der Lohn sind dauerhaft niedrigere Rechnungen beim Energieverbrauch.



Die FDP fordert die Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie und die Abschaffung der Öko-steuer, würde das nicht Entlastung bringen?

Alle Experten warnen vor diesen Steuersenkungen, sie würden bei den Kunden kaum ankommen, sondern nur zu Gewinnerhöhungen der großen Energiekonzerne führen. Das Geld würde also direkt in die Schatullen der Unternehmen fließen.

Das Geld würde dann nicht nur in den Programmen fehlen, mit denen Menschen und Unternehmen beim Energiesparen unterstützt werden sollen. Sondern auch der durch die Öko-steuer (Einnahmen: ca. 18 Mrd. Euro) mögliche Steuerzuschuss zur Rentenversicherung wäre nicht mehr möglich. Der FDP-Vorschlag würde damit zu niedrigeren Renten und – durch die höheren Rentenbeiträge – auch zu niedrigeren Nettolöhnen führen. Ein undurchdachter populistischer Unsinn!

Übrigens hat keine Partei die Steuern häufiger erhöht als die FDP in der Regierung. 1950 wurde die Mineralölsteuer mit Stimmen der FDP eingeführt. 1951, 1953, 1955, 1964, 1972, 1973, 1981, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, zweimal 1991, 1993 und 1994 hat die FDP die Mineralölsteuer erhöht. 50 der heute 67 Cent Steuern aufs Benzin gehen auf das Konto der FDP zurück.

Die Linkspartei fordert Sozialtarife, eine Anhebung von Transferzahlungen und eine Verstaatlichung der Energiekonzerne und –netze. Was halten Sie davon?

Die Anhebung der Transferzahlung mit Augenmaß für das Notwendige ist ein guter Ansatz. Allerdings hat den nicht die Linkspartei erfunden, sondern sie läuft wie üblich der SPD hinterher. Denn mit der Erhöhung des Wohngeldes haben wir gehandelt: 800.000 Haushalte bekommen ab dem 1. Januar mehr Geld für die Heizkosten. Bei anderen Sozialtransfers wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe usw. besteht ohnehin ein Anspruch auf Übernahme der Kosten für Warmwasser und Heizung.

Anders sieht es beim Strom aus: Den müssen alle Haushalte aus Einkommen oder den pauschalen Transferzahlungen finanzieren. Deswegen wollen wir erstens allen Haushalten helfen, den Stromverbrauch zu senken, durch Beratung, aber auch durch Hilfe beim Erwerb stromsparender Geräte. Außerdem prüfen wir eine Änderung der Stromtarife: Heute zahlen Menschen mit unterdurchschnittlich hohem Energieverbrauch mehr als Kunden mit hohem Energieverbrauch. Dies könnte man umdrehen, dann würden gerade auch Haushalte mit geringem Einkommen profitieren, die in der Regel weniger Strom als durchschnittlich benötigen, weil die Wohnungen kleiner und weniger Geräte vorhanden sind. Dabei sind aber noch viele Fragen zu klären. Daher hat das SPD-Präsidium eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Peter Struck gebeten, Vorschläge zum Umgang mit hohen Energiepreisen zu machen. Sozialtarife gehören dazu.



Hilft eine Verlängerung der Laufzeiten oder der Neubau von Atomkraftwerken gegen steigende Energiepreise?

Bei Benzinpreisen und Heizkosten hilft Atomkraft logischerweise überhaupt nicht. Bei Strompreisen würde eine Verlängerung der Atomkraft sogar für höhere Strompreise sorgen, weil die Monopole auf dem Strommarkt verlängert würden. EON, RWE, Vattenfall und EnBW würden ihre abgeschriebenen und hochsubventionierten Atomkraftwerke weiter betreiben, neue Wettbewerber hätten keine Chance und würden nicht investieren, der Wettbewerb würde so schwach bleiben wie heute.

Alle Atomkraftwerke laufen ja heute noch und die Energiekonzerne erhöhen die Preise immer weiter. Im Atomland Nr. 1, Baden-Württemberg sind die Strompreise übrigens besonders hoch. Erneuerbare Energien dagegen helfen wirklich gegen hohe Strompreise, 2008 war Strom aus erneuerbaren Energien volkswirtschaftlich schon billiger als konventioneller Strom und hat für echten Wettbewerb gesorgt. Ohne erneuerbare Energien hätten die Monopolkonzerne noch einmal 5 Milliarden Euro mehr für den Strom verlangen können.

In Europa wird in Wirklichkeit derzeit nur ein einziges neues Atomkraftwerk gebaut. Denn der Neubau von Atomkraftwerken ist extrem teuer. In Zeiten beginnender Konkurrenz am Strommarkt kann heute kein Investor mehr sicher sein, das Investment wieder zu erwirtschaften. Atomkraftwerke könnten also nur neu entstehen, wenn ihr Bau erheblich subventioniert wird. Der viel gerühmte Neubau des AKW in Finnland ist inzwischen zum Milliardengrab geworden: Anfangs haben Banken für das Projekt reduzierte und damit subventionierte Zinssätze gewährt. Inzwischen laufen Zeitpläne und Kosten aber immer weiter aus dem Ruder, die Zeche werden die Stromkunden und Steuerzahler in Finnland zahlen.

Warum wird die Entfernungspauschale nicht einfach wieder in alter Form eingeführt?

Der Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht erfordert jetzt ein Abwarten der Entscheidung des Gerichts, das wird wohl im Frühherbst sein.

Eine Einführung der alten Entfernungspauschale würde 2,5 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Dieses Geld würde dann fehlen, um den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, den Energieverbrauch dauerhaft zu senken. Bei einem weiteren Anstieg des Ölpreises wäre dann keine Hilfe vorhanden.

Die alte Regelung hatte auch Nachteile: Durch Abzug der Wegekosten vom zu versteuern den Einkommen profitierten Empfänger mit hohen Einkommen wesentlich mehr als solche mit niedrigen Einkünften. Das ist für die Fernpendler faktisch heute noch so.



Die Versorger-Monopole bei Strom und Gas sind Ursache der Preistreiberei!

Ja, der mangelnde Wettbewerb sorgt für noch höhere Preise, als die ohnehin gestiegenen Weltmarktpreise notwendig machen. Das zeigen die regelrecht explodierten Gewinne der großen Öl- und Stromkonzerne. Daher muss Energiepolitik den Wettbewerb fördern.

Die große Koalition hat das Wettbewerbsrecht verschärft, so dass Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur bei Monopolmissbrauch eingreifen können. Erleichterter Netzzugang und -anschluss sowie zuvor die Trennung von Netz und Vertrieb sind Bausteine dazu.

Auch der wachsende Beitrag erneuerbarer Energien wirkt, einen weiteren guten Beitrag zum Wettbewerb könnten starke Stadtwerke leisten, denen CDU, CSU und FDP aber aus Privatisierungsideologie heraus Steine in den Weg legen. Kaum Einfluss haben wir jedoch auf die internationale Preisbildung, die zum Teil durch Monopole (z.B. OPEC) bestimmt werden. Hier helfen nur Energieeinsparung und der Umstieg auf Erneuerbare Energien.

Was soll die Ölpreisbindung für Erdgas noch, könnte der Gaspreis nicht sinken, wenn die Ölpreisbindung fällt?

Die Ölpreisbindung ist keine gesetzliche Regelung, sondern seit Jahrzehnten Teil privater internationaler Verträge. Übrigens in vielen Ländern. In Ländern ohne Ölpreisbindung wie Großbritannien und USA steigt der Gaspreis gerade im Winter sogar schneller als bei uns, weil einer hohen Nachfrage nur weniger Lieferländer gegenüberstehen, der Wettbewerb also gering ist.

Die privaten Verträge z.B. mit der russischen Gazprom wären auch nicht so einfach einseitig kündbar, denn bei Gaslieferungen herrscht internationale Warenverkehrs- und Vertragsfreiheit. Immerhin schützt uns die Ölpreisbindung vor einer „GAS-OPEC“, die die Preise beliebig erhöhen könnte. Auch hier zeigt sich: Lieber das Geld in mehr Effizienz und Einsparung investieren, statt dauerhaft von hohen Preisen bedroht zu sein.

Ich bin Mieter und kann daher die Wärmedämmung nicht in Anspruch nehmen

Wir wollen die erfolgreichen Förderprogramme für Wärmedämmung so erweitern, dass gerade auch Vermieter ein Interesse daran haben, die Gebäude zu dämmen. Private Vermieter, die nur wenige Wohnungen vermieten und den Aufwand mit Genehmigungen und Handwerkern scheuen, sollen Dienstleistungsfirmen einschalten dürfen, die die Dämmung und den Einbau sparsamer Heizungen übernehmen und danach einen Wärmelieferungsvertrag mit den Mietern haben, während gleichzeitig die Miete entsprechend sinkt.

Allerdings prüfen wir auch, ob Mieter die Miete kappen dürfen, wenn die Gebäude trotz aller Förderungen nicht auf einen Mindeststandard an Wärmedämmung gebracht werden, so dass der hohe Energieverbrauch dann als Mangel gilt.



Mir fehlt das Geld, eine sparsamere Heizung zu kaufen, mein Haus zu dämmen oder bei Ersatzbeschaffung auf energieeffiziente Geräte zu setzen!

Schon heute gibt es Förderprogramme mit Zuschüssen und extrem verbilligten Krediten. Oft sind die Kosten für die Tilgung des Kredits geringer als die mit z.B. einer neuen Heizung erzielten Einsparungen. Allerdings wollen wir alle Förderprogramme so erweitern, dass gerade Haushalte mit geringen Einkommen noch bessere Möglichkeiten zu Investitionen bekommen.

Wir prüfen außerdem verschiedene Programme, die Mehrkosten beim Erwerb stromsparender Geräte durch die Einsparungen beim Stromverbrauch finanzieren zu lassen, so dass die Haushalte sofort über moderne Geräte und nach zwei bis drei Jahren dann auch dauerhaft über geringere Stromrechnung verfügen.

Kann der Staat nicht das Geld, dass er an den Preissteigerungen verdient, an die Bürger zurückgeben?

Alle Experten sind sich einig, dass der Staat keineswegs an den Preissteigerungen verdient. Im Gegenteil: Durch den sinkenden Absatz an Energie sinken auch Steueraufkommen des Staates an den fixen Energiesteuern, dies ist schon jetzt deutlich spürbar.

Und auch das Aufkommen an Mehrwertsteuer steigt nicht, da die Menschen das Geld, dass sie jetzt mehr für Öl, Gas und Strom ausgeben ja an anderer Stelle einsparen müssen. Auch dies kann man an den veröffentlichten Zahlen der Steuereinnahmen leicht nachweisen.